



Tagesordnung Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 26. Oktober 2010

Vorlagen-Nr. 10-F-03-0018

**Arbeitsbedingungen für Hebammen verbessern
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 6.10.2010 -**

Aufgrund der seit Anfang Juli dieses Jahres erhöhten Versicherungsprämien für die Berufshaftpflicht hat sich die finanzielle Situation vor allem für freiberuflich arbeitende Hebammen erheblich verschlechtert. Den Medien war zu entnehmen, dass einige Hebammen bereits ihren Beruf aufgeben und Geburtshäuser schließen mussten.

Frauen mit solch umfangreichem Fachwissen sollten ausreichend Beschäftigungsmöglichkeiten mit angemessener Bezahlung erhalten. Schwangere, Gebärende und junge Eltern sollten die Möglichkeit haben, auf diese Frauen zurückzugreifen, um sich beraten und unterstützen zu lassen. Daher möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- Über die berufliche Situation der Hebammen in Wiesbaden zu berichten.
- Darzustellen, welche Möglichkeiten er sieht, die Einsatzmöglichkeiten und die berufliche Situation von Hebammen auf lokaler Ebene zu unterstützen und zu verbessern.
- Sich auf Landes- und Bundesebene für eine Verbesserung der beruflichen Situation der Hebammen einzusetzen und beispielsweise auf Landesebene ein Modellprojekt, analog dem in Rheinland-Pfalz und Bayern*, anzuregen.

**In einem Modellprojekt der Länder Rheinland-Pfalz und Bayern wird derzeit ein interessanter Ansatz erprobt, um bessere Arbeitsbedingungen für Hebammen zu schaffen. Die geplante Ausweitung der Wochenbettbetreuung durch Hebammen von derzeit zwei auf sechs Monate kommt jungen Familien zugute und kann sich gleichzeitig positiv auf die Arbeitsbedingungen der freiberuflichen Hebammen auswirken*

Beschluss Nr. 0058

1. Der Antrag ist durch die mündlichen Berichte von Herrn Dr. Meireis (Gesundheitsamt) und Herrn Prof. Gonser erledigt.
2. Der Ausschuss wird einen Appell an die hessische Landesregierung richten, um sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Hebammen stark zu machen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2010

Abt
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2010

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2010

Dezernat VIII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister